

Gerecht

Vieles ist richtig von dem, was Politiker bis hin zu Bundesministern über das Bündnis „Pegida“ sagen: In Sachsen ist vom Islam noch weit weniger zu sehen als vom Christentum, ein führendes Mitglied der Protestbewegung hat sich nicht gerade durch Rechtstreue ausgezeichnet – und ja, es mögen in dem anschwellenden Demonstrationsstrom auch Rassisten mit-schwimmen. Richtig ist zudem der Hinweis (wenn ihn auch mündige Bürger nicht nötig haben), dass es sich jeder Teilnehmer gut überlegen sollte, ob er für Ziele in Anspruch genommen wird, die er womöglich gar nicht teilt. Die gezeigten Reaktionen der Regierenden zeigen, dass ihre Nerven blank liegen. Man würde sie gern ignorieren, diese diffuse Stimmung in der Bevölkerung, die etablierte Parteien und überkommene Institutionen ins Wanken bringt. Das Nicht-wählen-Gehen wird noch in Kauf genommen, solange die eigene Mehrheit gesichert ist. Aber dass Bürger zu Tausenden auf die Straße gehen, ohne dass dazu ein Bürgermeister oder eine Menschenrechtsorganisation aufgerufen hätten? Unvorstellbar – aber immerhin ein Grundrecht. Mü.

Vertrauen verspielt

Es ist richtig, dass der Bericht des amerikanischen Senats über die Foltermethoden der CIA veröffentlicht wird. Zu den Grundfesten einer Demokratie gehört die öffentliche Aufarbeitung von Skandalen und Verfehlungen. Im Fall der Vereinigten Staaten ist das besonders wichtig: Das Land, das sich auch als moralische Weltmacht versteht, wird nur mit solchen Schritten das Vertrauen zurückgewinnen, das die Regierung Bush mit diesem Teil ihres „Kriegs gegen den Terrorismus“ leichtfertig verspielt hat. Besonders ernüchternd ist, dass der Bericht noch einmal bestätigt, dass die sogenannten „erweiterten Verhörmethoden“ nicht einmal zu besseren Erkenntnissen über den Terrorismus und seine Netzwerke geführt haben. Den Preis für den Rückfall hinter die Errungenschaften der Aufklärung zahlt Amerika bis heute. Die Feinde der offenen Gesellschaft haben es auch deshalb wieder leichter, weil sich die Führungsmacht des Westens in Guantánamo und Abu Ghraib so ungläubwürdig gemacht hat. Gerade in Deutschland, dem neuen gelobten Land der Verschwörungstheoretiker, ist das zu spüren. nbu.

Nie wieder South Stream

Die Gaspipeline South Stream war von Anfang an kein wirtschaftliches, sondern ein politisches Projekt. Aus der Sicht ihrer russischen Planer hatte sie einen doppelten Zweck: Sie sollte durch die Umgehung der Ukraine deren Bedeutung als Transitland für den russischen Gasexport in die EU mindern und den Versuch der EU torpedieren, an Russland vorbei an Gas aus dem kaspischen Raum zu gelangen und so ihre Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern. Es ist daher unverständlich, warum Bundeswirtschaftsminister Gabriel nun der von Putin aufgegebenen Pipeline hinterhertrauert. In dem nicht nur von Gabriel erhofften Fall, dass die Beziehungen zwischen Russland, der Ukraine und der EU wieder so werden, dass man über derartige Vorhaben reden kann, gibt es keinen Grund mehr für South Stream – dann könnte man gemeinsam die wirtschaftlich günstigsten Gasleitungen zwischen Russland und Westeuropa modernisieren. Sie führen durch die Ukraine. rve.

Lernen, was man lernen kann

Ein Blick nach Amerika könnte zu einer fruchtbaren Diskussion über Hochschulreformen führen / Von Heike Schmoll

BERLIN, 9. Dezember Galten die deutschen Universitäten in den Vereinigten Staaten über viele Jahre als vorbildlich, so hat sich das Verhältnis inzwischen umgekehrt. Seit der Etablierung der Bologna-Reform werden ihnen zunehmend die führenden amerikanischen Universitäten vorgehalten. Nicht gesagt wird dabei meist, dass nur die amerikanischen Spitzenuniversitäten wie Harvard dazu taugen, die durch das ausgeprägte Fundraising und Spendenwesen über enorm hohe Mittel verfügen. So waren es in Harvard allein im Haushaltsjahr 2012 vier Milliarden Dollar. Bei der Exzellenzinitiative sollen 2,7 Milliarden Euro für alle förderungswürdigen Forschungsprojekte von mehreren hundert deutschen Universitäten für vier Jahre reichen. Ein amerikanischer Universitätspräsident ist dafür fast von morgens bis abends damit beschäftigt, private Mittel zu akquirieren.

Von den mehr als 4500 Universitäten in den Vereinigten Staaten sind weniger als 300 Forschungsuniversitäten, allenfalls 125 von ihnen betreiben Spitzenforschung. Die amerikanische Forschungsuniversität kommt der deutschen Vorstellung einer Universität am nächsten: Die Vereinigten Staaten geben pro Student fast doppelt so viel Geld aus wie Deutschland, wobei ein beträchtlicher Teil davon aus privaten Quellen stammt. Während der Elitestatus in Amerika durch einen Wettbewerb um bessere Professoren und bessere Studenten geprägt ist, beruht der Elitestatus in Deutschland auf einer vom Staat gewährten Unterstützung für kollektiv eingereichte Forschungsanträge.

Deutschland hat zwar noch immer konkurrenzfähige Universitäten und steht erheblich besser da als Frankreich im tertiären Sektor, doch die aktuelle Krise der deutschen Universitäten lässt sich nicht mehr übersehen. Die Mittelknappheit hat zu absurden Schiefen nicht nur zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen geführt, sondern auch zu einer grotesken Benachteiligung der Universitäten gegenüber den Fachhochschulen. Das Promotionsmonopol dürfte derzeit noch das einzige sein, was den Universitäten von ihren einstigen Privilegien verblieben ist. „Die Universität, die an der Spitze des Systems stehen sollte, weist eine schlechtere Professoren-Studenten-Quote auf als die Fachhochschulen, und ein Student, der von der weni-

ger angesehenen Fachhochschule abgelehnt wird, kann die angesehenere Universität besuchen“, schreibt der amerikanische Literaturwissenschaftler und Philosoph Mark Roche von der University of Notre Dame in seinem kenntnisreichen Buch „Was die deutschen Universitäten von den amerikanischen lernen können und was sie vermeiden sollten“ (Felix Meiner Verlag 2014).

Roche kennt beide Systeme aus eigener Erfahrung, er hat in Deutschland seinen Magister gemacht, geforscht und gelehrt und analysiert klug und bemerkenswert unpolitisches. Die amerikanischen Universitäten kennt er naturgemäß besser, doch auch ihnen begegnet er mit kritischer Distanz. Ausgehend von der Geschichte beider Systeme und der Darstellung der Hauptmerkmale beider Universitätslandschaften, kommt Roche im letzten Teil seines Buches zu durchaus ketzerischen Empfehlungen. Schließlich steckt das deutsche Hochschulwesen in seinen Augen „in einer Krise, deren Ende sich nicht absehen lässt“. Roche ist sich bewusst, dass sich die Reformen, die er für richtig hielt, nur

schwer durchsetzen lassen, zumal sie in der Regel von außen diktiert werden und sich die einzelnen Universitäten nicht über ihre leitende Zielvorstellung im Klaren sind. Schnelle Reformen ohne eine solche Vorstellung könnten in der Tat schlimmer sein als gar keine Reformen, gibt Roche zu bedenken. Eines jedenfalls erscheint ihm sicher: Die durchschnittliche Qualität wird so lange sinken, wie immer mehr Studenten an die Universitäten gelockt werden. „In Anbetracht der Mittelknappheit und des unterschiedlichen Leistungs-niveaus wird man sich nicht um die Erkenntnis drücken können, dass nur ein Segment der deutschen Universitätslandschaft imstande ist, die Einheit von Forschung und Lehre zu verwirklichen.“ Diese Universitäten verdienten jede erdenkliche Unterstützung.

Was Deutschland brauchte, wären größere Flexibilität und Autonomie in den langsamen und einengenden bürokratischen Prozeduren. Roche beklagt das Schnecken-tempo bei Berufungsverfahren, die mangelnde Flexibilität, hervorragenden Professoren auf sie zugeschnittene An-

gebote machen zu können. Er plädiert für eine noch stärkere Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft. Es wäre durchaus denkbar, dass eine Universität zu ihrem besonderen Auftrag machte, einen hohen Prozentsatz von Studenten anzuziehen, die als Erste in ihrer Familie eine Hochschule besuchen, andere könnten mit Standort oder Größe oder ihrem regionalen Einzugsgebiet Akzente setzen, für andere könnte die Etablierung von „liberal arts colleges“ der richtige Weg sein. Der amerikanische Autor empfiehlt eine Änderung des Steuerrechts, die Spenden attraktiver macht. Während der steuermindernde Effekt einer Spende in Deutschland bei nur zehn Prozent liegt, seien Bargeldspenden in Amerika zu hundert Prozent absetzbar – bis hin zu fünfzig Prozent des bereinigten Bruttoeinkommens.

Dem Bund schlägt Roche vor, nur solche Bundesländer mit weiteren Fördermitteln zu unterstützen, die vertretbare Studiengebühren einführen, also Förderung mit Anreizsystemen zu verbinden. Es wäre unklug, Fördermittel freizugeben, ohne eine Strategie von Anreizen aufzustellen, bemerkt Roche – die Freigabe der Bafög-Mittel für die Länder gibt ihm Recht. Wegen der Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre entspreche der deutsche Bachelor nicht mehr dem internationalen Standard, weshalb Roche empfiehlt, ihn auf acht Semester auszuweiten und mehr vierjährige Bachelorabschlüsse anzubieten. Darüber hinaus hält er es für unbedingt nötig, die Lehre zu verbessern und sie nicht länger geringzuschätzen, herausragenden Studenten eine Überholspur einzurichten und damit schon in den ersten Semestern unter Anleitung eines Professors ein selbstbestimmteres Studium zu ermöglichen.

Ein Auslandspraktikum während des Bachelorstudiums könnte überdies ein Ausweg aus der mangelnden Mobilität der Bologna-Reform sein, schlägt Roche vor. Den akademischen Nachwuchs dürften die deutschen Universitäten nicht mehr wie Zaungäste behandeln, kritisiert Roche. In der Tat ist die Selbständigkeit eines amerikanischen Assistenzprofessors mit der Drittmittelabhängigkeit eines deutschen Nachwuchswissenschaftlers überhaupt nicht vergleichbar. Die Lektüre dieses Buches müsste zur Pflicht für Hochschulpolitiker werden und könnte eine zukunftsreiche Debatte über das deutsche Hochschulwesen einleiten.



Virtuelle Vorbeugung

Im Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch setzt die katholische Kirche auch auf das Internet / Von Albert Schäffer

MÜNCHEN, 9. Dezember Das Erstaunen war groß, als vor drei Jahren die katholische Kirche mit der Erprobung eines internetgestützten Lernprogramms begann, mit dem sexuellem Missbrauch von Kindern vorgebeugt werden soll. Verträge sich die Distanz und Anonymität des Netzes mit einer Kultur der Achtsamkeit und des Hinschauens, die seit dem Bekanntwerden der bestürzenden Missbrauchsfälle in kirchlichen Einrichtungen immer wieder gefordert wird? Kann E-Learning kirchliche Mitarbeiter – Priester, Diakone, Religionslehrer, Katechetinnen – darin stärken, Gefährdungen zu erkennen und Opfern beizustehen? Es waren berechtigte Fragen, doch die Erzdiozese München und Freising ging das Wagnis ein. Mit ihrer Unterstützung wurde in München ein „Zentrum für Kinderschutz“ gegründet, mit dem Auftrag, das Lernprogramm zu entwickeln. Träger wurde das Institut für Psychologie der Päpstlichen Universität Gregoriana in Kooperation mit der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität Ulm.

Es wurde ein Weg beschritten, der sich jetzt weitete. Das Zentrum verlegt seinen Sitz nach Rom und richtet seine Arbeit noch stärker international aus. Der Münchner Kardinal Reinhard Marx, der seit März Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz ist, spricht von einem deutlichen Zeichen, dass sich die Weltkirche der Aufgabe der Prävention stelle. Schon in der Pilotphase wurde die Online-schulung auf Deutsch, Englisch, Spanisch und Italienisch angeboten und in Argentinien, Chile, Deutschland, Ecuador, Gha-

na, Indien, Indonesien, Italien, Kenia und Polen erprobt. Das Programm wird nun in weitere Sprachen übersetzt, auch in lokale Sprachen; in Indonesien hat sich beispielsweise gezeigt, dass nicht alle Teilnehmer genügend Englischkenntnisse haben, um einem anspruchsvollen Curriculum folgen zu können. Noch mehr als bislang soll berücksichtigt werden, dass jede Kultur ihre eigene Art hat, sich mit Sexualität und Missbrauch auseinanderzusetzen.

Das Programm zielt nicht auf die Therapie von Tätern oder Menschen, die gefährdet sind, solche Taten zu begehen. Es geht darum, kirchlichen Mitarbeitern ein Rüstzeug zu vermitteln, wie sie Kinder, die in ihrer Obhut sind – in Schulen, in Internaten, in sozialen Einrichtungen –, vor sexuellem Missbrauch schützen können. Sie sollen lernen, welche Auffälligkeiten im Verhalten von Kindern die Vermutung nahelegen, dass sie Opfer eines sexuellen Übergriffs geworden sein könnten. Wie sie ein Gespräch mit einem Kind, das möglicherweise missbraucht wurde, führen können, ohne dass es an seiner Seele weiteren Schaden nimmt. Welche Interventionsmöglichkeiten sie haben, wenn sich der Verdacht erhärtet. In 29 Lerneinheiten in sechs Modulen wird in einer Lernzeit von vierzig Stunden nicht nur Wissen vermittelt; es sollen auch Kompetenzen eingeübt werden.

714 Personen haben an der Erprobung des Programms teilgenommen – vierzig Prozent davon waren Männer, sechzig Prozent Frauen, die in katholischen Erziehungs- und Sozialeinrichtungen die Mehrheit der Mitarbeiter stellen. Ein wichtiger

Befund jenseits inhaltlicher Fragen ist, dass achtzig Prozent der Teilnehmer gut oder sehr gut mit der technischen Seite des Programms zurechtkamen. Die Methode des E-Learnings hat sich bewährt, auch wenn es in einigen Regionen noch Schwierigkeiten mit dem Internetzugang gibt. Zu dem Programm gehören auch Übungen, die mit einem Tutor besprochen werden können. Der Jesuitenpater Carlos Ignacio Man Ging, der in Ecuador das Programm betreut hat, hebt hervor, dass die Hilfestellungen, wie bei konkreten Fällen von Missbrauch gehandelt werden soll, von seinen Teilnehmern als sehr praxisrelevant bewertet werden. Auch der Austausch mit anderen Teilnehmern – virtuell oder persönlich – kommt nicht zu kurz.

Beteiligt an der Entwicklung des Programms waren Psychologen, Psychiater, Pädagogen, Philologen, Theologen und Mediendesigner. Es baut auf Erfahrungen auf, die am Universitätsklinikum Ulm mit einem E-Learning-Curriculum zum sexuellen Kindesmissbrauch gewonnen wurden, das für pädagogische und heilende Berufe entwickelt worden ist. In das Programm für die kirchlichen Mitarbeiter sind theologische und kirchenrechtliche Aspekte aufgenommen worden; es wird das Verständnis von Sexualität in der katholischen Lehre und Praxis reflektiert. Mit der Umsiedlung des Zentrums nach Rom endet die Kooperation mit dem Ulmer Universitätsklinikum, die von vorneherein auf die Pilotphase beschränkt war.

Prävention brauche Geduld, Ehrlichkeit und Leidenschaft, sagt der Jesuit Hans Zollner, der Vorstand des Zentrums ist

und Psychologie an der Gregoriana lehrt. Zollner, der aus Regensburg stammt, gehört der Päpstlichen Kinderschutzkommission an, die Papst Franziskus gegründet hat. Der Jesuitenpater hat in den vergangenen Jahren die Präventionsarbeit in der katholischen Kirche auf vielfältige Weise vorangetrieben; er spricht von einem langen und schmerzhaften Prozess für die Kirche. Als ein Indiz, wie wichtig Papst Franziskus die Präventionsarbeit ist, kann die Berufung der belgischen Theologin Karlijn Demasure zur geschäftsführenden Direktorin des Zentrums gesehen werden. Sie befasst sich seit langem mit der Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch und vertritt Positionen, die für die Kirche nicht immer bequem sind.

Die Erzdiozese München und Freising, die für die Pilotphase 651.000 Euro aufgewendet hat, wird das Projekt auch nach der Verlegung nach Rom unterstützen – mit 500.000 Euro in den nächsten fünf Jahren. Auch die Deutsche Bischofskonferenz will sich an der Weiterführung beteiligen. Für Kardinal Marx ist das Schwinden der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema, das gegenwärtig zu beobachten ist, kein Grund zum Nachlassen in den Anstrengungen. Es müsse alles getan werden, um Kindern in der Kirche einen Ort zu geben, wo sie die Möglichkeiten frei entfalten könnten, die von Gott gegeben seien. Wenn der Kardinal über das Präventionsprogramm spricht, ist ihm anzumerken, wie sehr es ihm ein Herzensanliegen ist: Er empfinde tiefe Trauer und Scham über das, was Kindern und Jugendlichen im Raum der Kirche angetan worden sei.



Benjamin-Immanuel HOFF Foto dpa

Der Minister

Benjamin-Immanuel Hoff ist ein Mann der Exekutive, und das merkt man. Der Kontrast zwischen seinen frühzeitig weiß gewordenen Haaren und der jugendfrischen Intelligenz, die aus allen Knopflöchern blinkt, sorgt dafür, dass man ihn wahrnimmt. Nun ist der Berliner Hoff Minister in Thüringen, zuständig für die Staatskanzlei Bodo Ramelow – und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten. Der 38 Jahre alte Hoff ist ein erfahrener „Regierungslinker“. Wer auf Parteitag sieht, wie er in großen Hallen den Überblick gewinnt und behält, wer je mit ihm zwanglos geplaudert hat, ohne dass er darüber seine Einsätze verpasst hätte, der kennt seine Fähigkeit, sich zu konzentrieren, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, äußerst liebenswürdig zu sein, ohne kumpelhaft zu werden.

Die Linkspartei hat Nachwuchssorgen, sie gewinnt nicht genug junge Politiker, die mittlere Generation ist unter ihren Funktionären schwach vertreten, und so trifft man in ihren Reihen immer häufiger „verkrachte Existenzen“ an, Personen, die ihr Studium nicht zu Ende brachten, aber in Sitzungen und auf Demonstrationen Temperament, Radikalität und Durchhaltevermögen zeigten. Hoff, leidenschaftlicher Vater von zwei Söhnen, verkörpert den ganz anderen Typus von Politiker. Er stammt aus einem politischen Elternhaus – seine Mutter ist Kommunalpolitikerin in Berlin-Mitte –, hat an der Humboldt-Universität Sozialwissenschaften studiert, hat dort und an anderen Hochschulen unterrichtet, wurde 2006 promoviert. Im selben Jahr wurde er Staatssekretär für Gesundheit in der zweiten Wahlperiode von Rot-Rot in Berlin.

In die PDS trat Hoff 1993 ein. 1995 wurde er ins Abgeordnetenhaus gewählt, er gewann seinen Wahlkreis direkt, wie auch 1999 und 2001. Wie Loyalität in der Politik aussehen kann, sah man an Hoff's Wirken in der Partei, etwa, als über den Versuch des damaligen Senators Thomas Flierl zu entscheiden war, ein links begründetes Modell von Studiengebühren durchzusetzen. Aus der Idee wurde nichts, aber das lag nicht an Hoff. Thüringens Landespolitik ist Hoff nicht fremd; er gehörte vor fünf Jahren der Kommission an, die über Rot-Rot verhandelte. Damals schrieb er auf, warum es nicht klappte. In Erinnerung blieb seine Mahnung, dass Vertrauen aufbringen und gewinnen muss, wer gemeinsam Politik machen will – und die Erkenntnis, dass dies für Parteifreunde gilt wie für Vertreter der anderen Partei.

Weit über Berlin hinaus ist Hoff unter vielen bekannt, die ein tieferes Interesse an der Linkspartei besitzen. Pünktlich nach jeder Landtags-, Bundestags- oder Europawahl erscheinen die „Wahlberichte“ und ersten Analysen“ von Hoff und Horst Kahrs, seit einiger Zeit als Dienstleistung der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung abrufbar. In den Texten lernt man, dass es durchaus möglich ist, auch in der Politik fachlich auf der Höhe der Zeit zu sein. „Die Linke: Partei neuen Typs?“ heißt das neueste Buch des schon lange ungemein fließigen Publizisten Hoff. MECHTHILD KÜPPER